

Wochenlohn 75 Pf., monatlich 2.25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Unter-
haltung im Hause) im voraus zahlbar.
Vollbeitrag 2.27 M., einschließlich 20 Pf.
Beitragungs- und 72 Pf. Postgebühren.
Zusatzabonnements 2.65 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Postzuschuss 4.85 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Samstags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Jährliche Sonntagsgabe
„Woll und Seil“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einzige, ständige Seite 30 Pf.
Kleinanzeigen 2.- Pf. „Kleine An-
zeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf.
zusätzlich zwei festgedruckte Worte, jedes
weiteres Wort 10 Pf. Rubrik 11. Tarif
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Kleinanzeigen 20 Pf. Klein-
anzeigen 20 Pf. Familienanzeigen 20 Pf.
Anzeigenannahme
im Hauptgeschäft Lindenstraße 3
wochentlich von 9/4 bis 17 Uhr
Der Verlag behält sich das Recht der Ab-
wechslung nicht genehmiger Anzeigen vor.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernr.: Döbhoff (A 7) 299-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3. Dr. S. u. Dtsch.-Gel., Depositent., Jerusalemstr. 65/66.

Wahltag: 31. Juli.

Erklärung der Regierung Brüning gegen die Regierung Papen. Aufhebung des SA.-Verbots angekündigt.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 6. Juni den Termin für die Neuwahlen des Reichstags auf Sonntag, den 31. Juli, festgesetzt.

Die amtliche Festsetzung des Wahltermins auf den 31. Juli fällt mit einem ganz ungewöhnlichen Ereignis zusammen: Die Reichsregierung Brüning hat gegen die Erklärung der Regierung Papen eine Protesterklärung folgenden Wortlaut erlassen:

Die neue Reichsregierung hat in ihrer Antrittserklärung schwere Vorwürfe gegen die bisherige Regierung erhoben. Der sachlichen Auseinandersetzung vor der Volksvertretung hat sie sich entzogen. Das deutsche Volk wird es darum verstehen, wenn wir auf diesem Wege dem

Versuch, die Verantwortlichkeit zu verschieben.

entgegneten. Wohin gehen die Vorwürfe? Die Finanzen seien erschüttert, die Sozialversicherungen bankrott, die Reformen über schwache Ansätze nicht hinausgeführt und das staatliche Leben nicht an die Armut der Nation angepaßt. Was ist Wahrheit?

Bei seinem Amtsantritt vor mehr als zwei Jahren fand das Kabinett Dr. Brüning eine gewaltige schwebende Schuld vor. Dazu kam eine Weltwirtschaftskrise, die sich von Monat zu Monat verschärfte, die Währungen zerrüttete und die für das durch Kriegsverlust und Kriegsfolgen ohnehin geschwächte Deutschland besonders scharfe Wirkungen haben mußte. In einer Zeitspanne, in welcher der Außenhandelsumsatz der Welt von 31 Milliarden Dollar auf rund 15 Milliarden Dollar herabsank und als automatische Folge eine ungeheure Arbeitslosigkeit in der gesamten Kulturwelt bewirkte, war es — wie immer die Zusammenziehung einer Regierung sein möchte — unmöglich, die deutsche Volkswirtschaft von dieser rückläufigen Bewegung abzuriegeln.

Anderer Staaten haben in den letzten Jahren entweder von Reserven gelebt, die Deutschland fehlten, oder neue Schulden großen Stils gemacht, was für Deutschland sachlich falsch und praktisch ausgeschlossen war. In derselben Zeit mußte Sanierung von Banken, Industriewerten, Schiffahrtsgesellschaften und zahllosen Genossenschaften in Handwerk und Landwirtschaft unter Aufwendung von Hunderten von Millionen Mark durchgeführt werden.

In dieser Lage haben wir in den Jahren 1930 bis 1932 die Ausgaben von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um mehr als sechs Milliarden Mark gedrosselt. Das sind nicht „schwache Ansätze“, wie es die Erklärung der neuen Reichsregierung darstellt.

Die tatsächliche „Anpassung an die Armut der Nation“ ist weitestgehend erfolgt.

und in dem Haushalt jedes einzelnen fühlbar geworden. Die Regierung hat der Gesamtheit des Volkes Opfer zugemutet, um in den außenpolitischen Verhandlungen freie Hand zu bekommen im Kampfe gegen die Reparationslasten und zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Das ist nach dem Urteil aller Sachverständigen im großen Ausmaß erreicht worden. Dabei wurde die Währung trotz aller Stürme sicher behauptet, dabei hat sich die schwebende und langfristige Schuld des Reiches nicht vermehrt. Das Kabinett Brüning ist durch Abberufung aus dieser Arbeit herausgerissen worden, als es die Vorbereitungen für die Sicherung des Staatsjahres 1932/1933 für Reich, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendet hatte. Gleichzeitig waren die finanziellen und technischen Maßnahmen getroffen, um bis zu 600 000 Menschen in Notstandsarbeit und freiwilligen Arbeitsdienst Brot und Arbeit zu verschaffen und in einem umfassenden Siedlungsplan weiteren Volkstreifen Hoffnung auf Lebensrückhalt auf eigener Scholle zu eröffnen. Durch das Scheitern dieser Pläne ist der Ablauf des Sanierungswertes in einem entscheidenden Augenblick jäh unterbrochen worden.

Diese Tatsachen sprechen mit unerbittlicher Klarheit gegen die Behauptungen der neuen Regierung.

Wir haben nicht nur „eine Bilanz gefordert“, sondern sie zu

allen Zeiten und in jeder Lage tatsächlich gezogen und dem deutschen Volk in aller Deffentlichkeit vorgestellt.

Wir haben kein Trümmerfeld geschaffen, sondern unter schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen die Grundlagen für neues Werden gelegt.

Das Kabinett Brüning hat gegen die zerlegenden Strömungen im Lande alle Kraft aufgeboten. Es hat dem Herrn Reichspräsidenten die Notverordnung zur Bekämpfung der Gottlosenpropaganda zur Unterschrift vorgelegt. Die letzte, geistige Ueberwindung dessen, was an zerlegenden Kräften innerhalb des deutschen Volkskörpers wirksam ist, wird weniger durch gesetzgeberische Maßnahmen, als durch überzeugten und überzeugenden christlichen Tatwillen der einzelnen erfolgen. Mit politischen Mitteln allein ist keine christliche Volkskultur zu schaffen.

Wir haben im Sinne der von uns vertretenen christlichen Staatsauffassung es als vornehmste Aufgabe betrachtet, unvermeidliche Opfer in möglicher Gleichmäßigkeit zu verteilen. Es wird Aufgabe des Landes sein, darüber zu wachen, daß die von uns geleistete Arbeit vor Verfälschung bewahrt und so weitergeführt wird,

wie es die Wohlfahrt des gesamten Volkes und nicht das Sonderinteresse von Parteien und kleinen Gruppen fordert.

Es darf in diesem Augenblick unerörtert bleiben, inwieweit die Laten, deren sich die alte Regierung rühmt, wirklich rühmenswert sind. Entscheidend ist die Tatsache, daß diese Regierung von Kräften gestürzt wurde, denen sie noch viel zu sozial und staatssozialistisch, dafür aber zu wenig „national und christlich“ war!

Sturm auf die Nazi-Barone!

Glänzender Verlauf der Berliner Funktionärversammlung.

Das Stimmungsbarometer steht auf Sturm — Sturm gegen die Nazi-Barone! Das ist der Eindruck der gestrigen Funktionärversammlung der Berliner Sozialdemokratie. Seit den Revolutionstagen war noch keine derartige Veranstaltung so überfüllt, wie die gestern abend im Saalbau Friedrichshain. Das ist nicht nur dadurch zu erklären, daß die Mitgliederzahl der Berliner Partei, trotz aller Wirtschaftskrise und allen Anfeindungen, noch nie so stark gewesen ist wie jetzt und insolgedessen auch die Zahl der Vertrauensleute der Partei gestiegen ist. Der Ernst der Lage und die Erkenntnis des hohen Einsatzes, der für die Arbeiterbewegung bei diesem Wahlkampf auf dem Spiele steht, haben alle die Genossinnen und Genossen, die in der Berliner Partei auch nur die bescheidensten Funktionärposten bekleiden, restlos mobil gemacht. So war nicht nur der eigentliche Riesensaal brechend voll, auch die sonst verwaisten Emporen waren überfüllt, und noch in den Borräumen staute sich die Menge.

Aber auf die Zahl allein kommt es hier nicht an. Der Geist des Funktionärkörpers war kampfesproher und zuversichtlicher denn je. Das kam nicht nur in dem stürmischen Beifall zum Ausdruck, den die Referenten des Abends, die Genossen Rudolf Breitscheid und Ernst Heilmann, immer wieder ernteten — auch zwei bezeichnende

Beschlüsse der mehr als 3000 versammelten Funktionäre zeugen von dem Willen, geschlossen in diesen Entscheidungskampf um die Lebensrechte des deutschen Volkes zu treten: einmal der Verzicht auf eine Diskussion der Referate, der gegen wenige Duzend Stimmen beschlossen wurde, und vor allem die mit allen gegen 6 Stimmen getroffene Entscheidung, daß die bisherigen Kandidatenlisten vom Herbst 1930 unverändert für den neuen Wahlkampf übernommen werden. Indem die Funktionärversammlung diesen einstimmigen Vorschlag des Erweiterten Bezirksvorstandes folgte, hat sie nicht nur ein Vertrauensvotum den bisherigen Berliner Abgeordneten ausgestellt, sondern auch zum Ausdruck bringen wollen, daß sie von heute an bis zum 31. Juli ihre ganze Kraft für den eigentlichen Wahlkampf einsetzen wird. Alle sonst notwendigen, zeitraubenden Tagungen der Abteilungen, Kreise und des Bezirkes mit den unvermeidlichen Diskussionen und Abstimmungen fallen damit fort. Jetzt gilt es, keine Zeit und keine Kraft zu verlieren: Einig und siegeszuversichtlich ruft die Berliner Sozialdemokratie zum Sturm gegen die faschistisch-aristokratische Reaktion auf. Dieses Beispiel von Geschlossenheit wird seinen Eindruck auf die Partei im Reiche nicht verfehlen!

(Bericht auf der 2. Seite.)

Terrorwahlen in Sicht!

SA. soll wieder marschieren.

Der „Angriff“ von gestern, der auf seiner ersten Seite die neue Regierung der Barone sehr sympathisch findet, kündigt auf der zweiten an, daß am Donnerstag oder Freitag das Verbot der SA., der SS. und der Hitlerjugend aufgehoben werden und daß

am Sonntag die SA. wieder marschieren wird.

Es sind noch keine zwei Monate her, seit der Reichspräsident von Hindenburg das Verbot der SA. erließ mit der Begründung, daß das Vorhandensein einer solchen Kampforganisation „eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürgerchaft“ sei und „folgerichtig zu Zusammenstößen und letzten Endes zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen“ führen müsse. Keine Regierung, hieß es weiter, könne dulden, „daß eine Partei sich Machtmittel schafft, durch die sie in

der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen.“

Will die neue Regierung wirklich dem Reichspräsidenten vorschlagen, seine Unterschrift vom 13. April zu verleugnen, so wird die Erklärung vom 13. April gegen sie eine furchtbare Anklage bleiben. Sie soll eine Kampforganisation wieder gestatten, die vor ein paar Wochen vom Reichspräsidenten verboten wurde, weil sie für die friedliche Bürgerchaft eine ständige Quelle der Beunruhigung ist. Treten dann in der Folge bürgerkriegsähnliche Zustände ein, so wird sich die neue Regierung nicht dem Vorwurf entziehen können, diese bürgerkriegsähnlichen Zustände selber herbeigeführt zu haben.

Der neue Innenminister Freiherr v. Gahl hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Parteien im kommenden

Eiserne Front gegen Papen.

Gewerkschaften gegen Sozialreaktion.

Die sozialreaktionäre Gefahr, die durch die Papen-Regierung in bedrohliche Nähe gerückt ist, wird von dem Führer der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung, dem Reichstagsabgeordneten Aufhäuser, in der neuesten Nummer der AFA-Bundeszeitung in einem ausföhrlichen Artikel beleuchtet.

„Die Gewerkschaften“, sagt Aufhäuser, „können sich keiner Täuschung hingeben, daß nunmehr die Aushebung der Arbeitslosenversicherung, der Abbau von Renten, die Aushöhlung der Sozialversicherung und des staatlichen Schlichtungswesens in unmittelbare Nähe gerückt sind. Die Finanznot soll von der Regierung des Herrn Reichspräsidenten ohne neue Steuern behoben, die Arbeitsbeschaffung ohne Prämienanleihe gelöst werden. Eine solche Finanzkunst kann nichts anderes bedeuten als Deckung der öffentlichen Lasten durch unerträgliche Kürzung von Lohn, Sozialrente und durch inflationäre Krediterschöpfung.“ Die zu erwartende Empörung der Massen wolle man dadurch niederhalten, daß man durch Aushebung des St.-Verboles dem Naziterror freien Lauf lasse. Es wäre verfehlt, den Ernst der Situation verkennen zu wollen, es könne aber auch keine Rede davon sein, daß sich die Organisationen der Eisernen Front irgendwie einkniefen fühlen. Die alte Kampfkraft der Gewerkschaften bürge dafür, daß auch diese Periode schärfster Reaktion überwunden wird.

Christliche gegen Nazibarone.

Bernhard Otto, der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften, schreibt im „Deutschen“ über die Regierung Papen u. a.: Die Erklärung der neuen Reichsregierung ist, soweit bestimmte Teile derselben in Betracht kommen, von einer Grundhaltung getragen, die ausgesprochen antisozial und fortschrittsfeindlich ist. Es besteht für die Arbeitnehmer alle Veranlassung, nicht nur äußerlich wachsam zu sein, sondern auch alle Kräfte zu entschlossener Abwehr zu sammeln. Wenn nicht alles täuscht, stehen wir vor schweren inneren Kämpfen. Aus der Verlautbarung der Regierung v. Papen muß die

Schlussfolgerung gezogen werden, daß sie Gegner des staatlichen Schutzes und der gezielten Fürsorge für die erwerbstätigen und am meisten hilfsbedürftigen und schwachen Volksschichten ist. Sollte das Arbeitsministerium mit dem Reichswirtschaftsministerium dauernd vereint werden oder mit einer sozialpolitisch nicht tragbaren Persönlichkeit als Minister besetzt werden, so wäre damit der offenkundige Beweis für die arbeitnehmerfeindliche Einstellung dieses Kabinetts gegeben. Eine Politik der Arbeitnehmersolidarität negiert aber die elementarsten gemeinschaftsverpflichtenden Grundzüge des Christentums und der sozialen Gerechtigkeit; sie müßte ebenfalls die seelischen Voraussetzungen, die für die Gewinnung gesunder Lebensgrundlagen im Volke erforderlich sind, zerstören. Eine Herrschaft des Klassenkampfes von oben würde von geradezu verheerender Wirkung für unser Volk sein und im letzten Grunde dem Bolschewismus zugute kommen.

Angesichts dieser Lage ist der Weg für die christlichen Gewerkschaften klar vorgezeichnet. Sie werden sich aus wirklich nationalen und christlichen Gründen jeder einseitigen Klassenherrschaft, jeder Entrechtung der werktätigen Bevölkerung und allen sozialen Ungerechtigkeiten mit Nachdruck widersetzen. Der Weg zur Befreiung, zur Freiheit nach außen und nach innen kann nur gewonnen werden, wenn Gerechtigkeit und soziale Befähigung die Grundlagen der Politik bleiben.

Lemmer warnt!

Auf dem mitteldeutschen Angestelltenkongress des DAV, warnte der Abgeordnete Lemmer, Generalsekretär der Hirsch-Düncker'schen Gewerkschaften, vor sozialreaktionärer Ragniehung der allgemeinen Krise und legte dar, daß in Deutschland auf die Dauer gegen den sozialen Behauptungswillen der Arbeitnehmerschaft und den Widerstand der deutschen Gewerkschaften keine Macht mit noch so starken äußeren Gewaltmitteln werde regieren können. Die Behandlung des Ressorts des Reichsarbeitsministeriums im neuen Kabinett von Papen werde von der Arbeitnehmerschaft mit größtem Mißtrauen beachtet und ebenso die Tendenz, das Arbeitsministerium zu einer Unterabteilung des Wirtschaftsministeriums zu degradieren.

Geldes in kleineren Gruppen einfinden würden, und daß ihnen bei dieser Gelegenheit durch mündliche Aussprache die Wiederaufnahme der Arbeit mit Erfolg nahegelegt werden konnte. Es liegt daher die Möglichkeit sehr nahe, daß die Zahlung der Unterstützung auf die Dauer des Arbeitstopfes einen für den Kläger und seine Mitglieder nachteiligen Einfluß hatte, so müßte die Klage schon hieran scheitern.“

Der Danziger Hafenbetriebsverein stützte sich bei seiner Klage auf das Zeugnis von vier kommunistischen Hafenarbeitern, wonach der Gesamtverband seinen gewaltsam an der Arbeitsaufnahme gehinderten Mitgliedern elf Gulden ausgezahlt hätte. Durch diese Denunziation erkaufte sich die „revolutionären Klassenkämpfer“ ihren Arbeitsplatz, nachdem sie den Gesamtverband des Betrags bezichtigt hatten.

Ausperrung in Begesack und Rostock.

Weil die Arbeiter den Lohnabbau ablehnten.

Wie uns aus Bremen und Rostock gemeldet wird, sind die Werftarbeiter seit gestern dort ausgesperrt.

In dem Lohnkonflikt auf den Schiffswerften ist ein Schiedsspruch nicht zustande gekommen, weil den Unternehmerbefähigern der Vorschlag des Schlichters nicht weit genug ging, während die Arbeitervertreter jeden Lohnabbau ablehnten, zumal die Löhne auf den Werften bereits außerordentlich niedrig sind. Darauf wurde in den Werften ein Anschlag herausgebracht, monach ab Montag, dem 6. Juni, der von den Unternehmern geforderte Lohnabbau in Kraft trete. Wer zu diesen neuen Löhnen nicht arbeiten wolle, gelte ab Sonnabend als entlassen.

Mit Zustimmung des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben die etwa 1000 Mann der Vulkanwerft in Begesack und die etwa 450 Mann der Reptunwerft in Rostock es abgelehnt, sich dem Diktat zu unterwerfen. Sie sind daher seit gestern ausgesperrt.

„Kampf gegen den Margismus.“

Wahlparole des DHB.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der der christlichen Gewerkschaftsrichtung angehört, hält gegenwärtig seinen 23. Verbandstag in Hamburg ab. Der Verbandssekretär Borch sprach bei dieser Gelegenheit davon, daß die Führungspflicht den DHB in den Kampf für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften zwingt, wobei der Verband sich niemals einer bestimmten Partei verschreiben werde.

Wie jedoch dieser Kampf des DHB, um die Unabhängigkeit der Gewerkschaften gedacht ist, geht aus der von Borch im gleichen Atemzug proklamierten Wahlparole hervor, daß bei den bevorstehenden Wahlen, der Kampf des DHB vor allem dem Margismus gelte!

Aus dem vorliegenden Bericht ist nicht ersichtlich, ob die Leitung des DHB, „den Kampf für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften“ mit der Hitler-Partei zu führen gedenkt. Zuvor hatte jedoch Hegewald sich gegen jeden Versuch zur gewalttätigen Lösung der Krise durch Währungsperimente gewandt und betont, der DHB werde mit äußerster Entschiedenheit die Tarifverträge, das Schlichtungswesen und die Verbindlichkeitsklärung als wichtigste Punkte des Arbeitnehmerzweckes verteidigen. — Im „Kampfe gegen den Margismus“?

In mehreren Entschlüssen wurden jede weitere Gehaltsenkung, Eingriffe in die Angestelltenversicherung sowie Einführung der Bedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenversicherung entschieden abgelehnt. Deshalb vor allem — „Kampf gegen den Margismus“, Kampf gegen die freien Gewerkschaften, Kampf gegen die Partei, die die stärkste und sicherste Garantie für die hier vom DHB. aufgezeichneten Forderungen bietet!

Reich übernimmt Parena.

Neue Wege zur Arbeitsvermittlung der Artisten.

Genosse Fossil, Präsident der Internationalen Artistenloge, schreibt uns:

Belantlich ist die gewerbsmäßige Stellungsvermittlung gelegentlich aufgehoben. Für die Schauspieler und die Artisten trat an die Stelle der früheren Künstleragenten ein paritätischer Engagementsnachweis. Der Nachweis für die Artisten, der sich in der Abfertigung Parena nennt, war in Form einer G. m. b. H. ausgezogen, die gebildet ist vom Internationalen Varieté-Theater-Direktoren-Verband, als Arbeitgeberorganisation und der Internationalen Artistenloge als Arbeitnehmervertretung, und erhielt vom Reich sehr hohe geldliche Zuschüsse.

Diese soziale und gemeinnützige Vermittlungseinrichtung kam nicht zustande. Die Artistenschaft wurde immer unzufriedener mit den Arbeitsmethoden der Parena und forderte nunmehr gemeinsam mit den Theaterdirektoren, die Beseitigung dieses Instituts. Ueber eine Million und zweihunderttausend Mark hat das Reich in dieses tendenziöse Vermittlungsinstitut gesteckt und es ist nicht gelungen, die Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen.

Instatt die Vorschläge der Fachverbände, die zu einer Sanierung dieser Einrichtung hätten führen können, anzunehmen, hat die Reichsanstalt auf Grund einer zwischen ihr und dem paritätischen Engagementsnachweis abgeschlossenen Vereinbarung, wonach die Reichsanstalt berechtigt ist, den gesamten Betrieb der Parena zu übernehmen, wenn diese nicht in der Lage ist, den Engagementsnachweis in der vereinbarten Weise fortzuführen, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisation aufgefordert, ihre Geschäftsanteile der Parena G. m. b. H. an die Reichsanstalt abzutreten. Das ist geschehen. Diese paritätische Engagementsnachweistelle befindet sich nunmehr in den Händen des Reiches.

Die Internationale Artistenloge fordert, daß beide Teile, die die Vermittlungseinrichtung in Anspruch nehmen, je zur Hälfte auch die Vermittlungsgebühren entrichten. Zwischen dem Direktorenverband und der Artistenloge sind Verhandlungen angebahnt, um vollkommen neue Wege in der Engagementsvermittlung zu beschreiten. Diese Parena ist eine starke Belastung des Gewerbes. Sie ist aber noch darüber hinaus eine schwere finanzielle Belastung für das Reich. Ihre völlige Umgestaltung zu einer nach sozialen und den allgemein-rechtlichen Grundzügen über Arbeitsvermittlung und vor allen Dingen zu einer gerechten, die Arbeitgeber und Artisten gleichmäßig behandelnden Einrichtung muß in Kürze erfolgen, oder aber ihre Beilegung darf nur noch eine Frage von Wochen sein.

Die Leistungen des DMB.

In der Besprechung der Jahresabrechnung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die wir in unserer Sonntagsausgabe veröffentlicht haben, ist infolge eines Verfehlers die Einnahme des Verbandes aus Beiträgen und Beitrittsgeldern nicht richtig angegeben. Die 5 108 069,58 Mark Einnahmen, die dort angegeben sind, ist die Summe, die die Verwaltungsstellen eingekandt haben nach Abzug der für Unterstützungen usw. gemachten Ausgaben. Die tatsächliche Einnahme aus Beiträgen und Beitrittsgeldern für 1931 betrug, wie aus der Abrechnung hervorgeht, die in Nr. 23 der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht ist, 30 062 486,10 Mark. Die Hauptposten unter den Ausgaben waren, wie schon bemerkt, die verschiedenen Unterstützungen, für die insgesamt von der Hauptkasse 30 047 671,80 Mark verausgabt wurden, also fast genau dieselbe Summe, die an Beiträgen und Beitrittsgeldern vereinnahmt wurde. Dazu kommen noch die Unterstützungen, die von den Lokalkassen an die Mitglieder gezahlt wurden und die Summe von nahezu drei Millionen Mark erreichten.

Was ist Margismus?

Eine besonders „helle“ Definition.

Der „Freie Angestellte“, das Organ des Zentralverbandes der Angestellten, ist in der Lage, Ausführungen des Vorsitzenden des Verbandes sächsischer Industrieller zitieren zu können, in denen sich u. a. folgender Satz befindet:

„Die Reichsstellen versuchen, die Selbstverwaltungskörper, vor allem die Regierungen der Länder, in die Rolle untergeordneter Ausführungsorgane zu drängen. Hierin liegt vielleicht im wesentlichen das, was das an sich schwer bestimmbare Schlagwort „Margismus“ meint.“

Diese Weisheit stammt von einem angeblichen Wirtschaftsführer. Braucht man sich noch zu wundern, daß der Kapitalismus nicht mehr die von ihm erzeugten Wirtschaftskrisen zu meistern vermag, wenn er solche Ignoranten zu Führern hat! Jeder beliebige Gewerkschaftsjunktionär könnte als Lehrer dieses „Wirtschaftsführers“ auftreten.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Dienstag, 7. Juni, 1931, 19 Uhr, tagen die Gruppen: Gewerkschaftshaus: Jugendheim Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24-26. Der Helferkreis des DHB. — Ottagli: Jugendheim Flemingstr. 14b. Heimbesprechung, Verbandshilfskontrollen. — Spandau-Wilhelmshof: Jugendheim Sportplatz, Seeburger Straße, Heimbesprechung. — Vanlo: Jugendheim Kollingstr. 48. Zimmer 5, Heimbesprechung. — Ullrich: Verbandshilfskontrollen. — Teutonia: Jugendheim Alsterstr. 3 (am Bahnhof Teutonia). Heimbesprechung Alsterstr. 3. — Frankfurter Wäse: Jugendheim Bürgerstraße 18, Heimbesprechung. Wie kommt ein Konflikt zustande. — Nichtenberg: Jugendheim Pölsche, 23. Ausflugsabend: Unfer Pölsche. — Reu-Weidenberg: Jugendheim Wunterstr. 44. Gewerkschaftliche Besprechung ein und jeht. — Ottagli: Jugendheim Kollingstr. Teutoniastr. 41 (Rant-Schule). Heimbesprechung. — Bobbing: Jugendheim Wilhelmstr. 5, 2 Treppen. Zimmer 11. Heimbesprechung, Verbandshilfskontrollen, Fahrtenausdruck. — Schöneberg: Jugendheim Hefelwerderstraße, Wäsestraße, im Keller, Heimbesprechung. — Wir spielen ab 18 Uhr: Kreis Obersee: Kollingstr. — Kollingstr.: Sportplatz Eintracht Pölsche, Gollingstraße. — Nordkreis: Sportplatz Humboldtstraße 1. — Jugendgruppe des Deutschen Bauergewerksbundes, Mauer, Charlottenburg: Hausabend im Jugendheim Pölsche, 40. — Zögler: Hausabend im Jugendheim Seeburgerstr. 96.

Inauguralgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Dienstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Lichtabend: Wir besuchen die Beiratsversammlung des Reichsbetriebs. — Nordkreis: Jugendheim Seeburger Str. 18-19, Berlin: Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, aus ihrem Leben. Referent: Kollingstr. — Gefundenfrauen: Jugendheim Schönebergstr. 1, Wunterabend. — Ottagli: Wir besuchen die Beiratsversammlung des Reichsbetriebs. — Soziale im Freien: Heute, ab 18 Uhr, auf dem Sportplatz Reu-Weidenberg. — Handballer: Teutonia-Sportplatz auf dem Sportplatz Innstraße in Reu-Weidenberg.

Beantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelbecker; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freizeitsport: Dr. John Schlawitz; Verleser und Sonstiges: Feig Karstädt, Angewandte: Th. Glöde; Umkleid in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsankalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Heft 2 26.1931.

Verlangen Sie auch beim Nachfüllen von MAGGI Würze



• Auch auf andere MAGGI-Erzeugnisse, wie MAGGI-Suppen und MAGGI-Feischbrühwürfel, gibt es Gutscheine •

Wahnsinnstat eines Muttermörders

Grausiges Paket in der französischen Botschaft

Eine wahrhaft schauerliche Mordtat ist gestern mittag durch die Abgabe eines Paketes bei der französischen Botschaft in Berlin aufgedeckt worden. Dort erschien bei dem Pförtner ein junger Mann und übergab ein Paket. Er schrieb in der Voge einen Brief an den Botschafter und gab an, sich in den nächsten Tagen Bescheid zu holen. Als man das Paket öffnete, entdeckte man darin zwei abgeschnittene Frauenhände sowie zwei Geldbörsen, in denen sich Inflationsgeld und eine norwegische Münze befanden. Aus dem Brief, den der Ueberbringer geschrieben hatte, ging hervor, um wen es sich handelte. Der Brief ist der 25 Jahre alte geisteskranke Landwirtschaftsschüler Ludwig Schöb aus Cutin bei Lübeck, der am 3. Juni seine Mutter ermordet und zerstückelt hat. Der irrsinnige Mörder ist dann nach Berlin gekommen und hat hier seine schauerliche Frucht bei der Botschaft abgegeben. Auf diese Weise fand die vom „Abend“ bereits kurz mitgeteilte Ermordung der Witwe Schöb in Cutin ihre schaurige Aufklärung. Der Kriminalkommissar Traeger hat bisher folgendes ermittelt:

Es war gegen 11 Uhr, als ein junger Mann beim Pförtner der Botschaft vorsprach und verlangte, den Botschafter zu sprechen. Dieser befand sich im Auswärtigen Amt. Der Pförtner ersuchte den jungen Mann, sein Anliegen schriftlich zu hinterlassen und führte ihn zu diesem Zweck in die Loge. Hier setzte sich der junge Mann hin und schrieb einen Brief. Kaum war er weg, las der Portier der Botschaft die nachfolgenden Zeilen: „Ueberbringe hiermit die Hände der verstorbenen Verbrecherin Johanna Luise von Schöb, welche sich in Cutin aufhielt. Ebenfalls dazu bringe zu den dort aufgefundenen Gegenständen. Mein Vermögen wird mir vorenthalten. Wünsche Paß und Papiere für Frankreich. Hochachtungsvoll Boron Ludwig von Schöb.“ Das Ganze war ein unheimliches Getrappel. Nachdem der Pförtner den Brief gelesen hatte, öffnete er das Paket und machte den grausigen Fund. Man benachrichtigte sofort das Polizeipräsidium und die Kriminalpolizei konnte sofort den Zusammenhang mit der Muttat in Cutin kombinieren, denn von der Lübecker Kriminaldirektion war ein „Sunkspruch an Alle“ ergangen, in dem von der Ermordung einer Witwe Schöb in Cutin und der Flucht ihres geisteskranken Sohnes Ludwig berichtet wurde.

Ludwig Sch. ist der Sohn einer Rentnerin, die in Cutin ein eigenes Haus besaß und dort mit ihrem Sohne lebte. Ihr Sohn mußte sich schon zweimal in Nervenheilanstalten begeben. Am 5. Mai hatte Ludwig Sch. in Alneburg wegen Brandstiftung vor Gericht gestanden: Er hatte ein Bauerngehöft in der Ortschaft Inel angezündet. Auf Grund des § 51 wurde der Brandstifter jedoch freigesprochen. Er begab sich wieder in das Haus seiner Mutter. Leute aus der dortigen Gegend wunderten sich nun in den

Anfangstagen des Juni, daß sie die alte Frau nicht mehr sahen. In den frühen Morgenstunden des gestrigen Montag klopfte man an die Tür des Hauses und erhielt keine Antwort. Die Anwohner von Cutin verschafften sich jetzt gewaltsam Zutritt und kamen schließlich in die Küche der Witwe. Hier sahen sie auf dem Herd einen eisernen Kochtopf stehen, über den ein Deckel gestülpt war. Als sie ihn hoch hoben, machten sie einen grausigen Fund. In dem Topf lagen ein gekochter Kopf und zwei Füße. Boller Entsetzen durchsuchten die Leute jetzt das ganze Haus und fanden im Keller den Körper der alten Witwe, dem Kopf, Füße und Hände fehlten. Die Cutiner Kriminalpolizei ermittelte, daß der Sohn der Witwe am Nachmittag des 3. Juni gegen 4 Uhr Zigaretten gekauft hatte. Man stellte fest, daß der alte Frau zwei Spardbüchsen fehlten. Ludwig Sch. war von da an verschwunden. Am Montag kam aus Berlin die Nachricht von der Abgabe der abgeschnittenen Frauenhände, von denen eine zwei Trauringe trug. Die Vermutungen der Polizei trafen zu: Ludwig Schöb hat die abgeschnittenen Hände seiner alten Mutter mit nach Berlin gebracht.

Man fahndet jetzt nach dem irrsinnigen Mörder. Er wird beschrieben als 1,72 Meter groß, schlank und bartlos, hat dunkles Haar und ebensolche Augen. Wenn er mit jemandem spricht, blickt er starr und verstört geradeaus. Wenn er allein geht, blickt er steis zu Boden. Man nimmt an, daß der Irnsinnige tatsächlich die Botschaft noch einmal aufsuchen wird, um sich dort den erwarteten Bescheid zu holen.

Auf den Spuren des Muttermörders.

Wie bisher festgestellt werden konnte, hatte sich der irrsinnige Muttermörder in den Nachmittagsstunden des Sonnabend zwischen 6 und 7 Uhr in einem Hotel in der Zimmerstraße eingemietet. Am Sonntag ließ er sich ein Bad bereiten. Der Wirt verlangte dafür 1,50 Mk. Schöb konnte aber diesen Betrag nicht aufbringen. Er suchte seine letzten Kupferpfennige zusammen, um sich noch einige Zigaretten zu kaufen. Am Sonntag gegen Mittag, etwa um 11 Uhr, ist er dann aus dem Hotel fortgegangen und seit der Zeit nicht wieder aufgetaucht. Die Angestellten des Hotels bekunden übereinstimmend, daß er ein grünes Paket bei sich hatte. Dies ist das Paket, in das er die Hände seiner ermordeten Mutter eingewickelt hatte und das er am Montagvormittag dem Pförtner der französischen Botschaft übergab. Bereits am Sonnabendmorgen hatte er sich in dem Büro eines Rechtsanwaltes, der umwelts des Hotels wohnt, gemeldet. Er wollte den Rechtsanwalt sprechen und lehrte zu diesem Zweck dreimal in das Büro zurück. Der Anwalt war aber auf einem Gericht. Die Büroangestellte fürchtete sich schließlich vor dem jungen Mann, weil er, wie sie sagte, einen so starren Blick hatte, und sich ihm das vierte Mal nicht mehr ein. Auch hier hatte er einen Schuhkarton und das grüne Paket bei sich. Wo er den Sonntag über gewesen ist, weiß man noch nicht. Wohin er sich nach dem Besuch der französischen Botschaft gewandt hat, konnte bisher noch nicht ermittelt werden. Wahrscheinlich irrt er, da er ohne einen Pfennig Geld ist, in den Straßen Berlins umher.

Fußgänger zu. Dort geriet der Arbeiter Richard Laut aus der Lübecker Str. 2 in Moabit mit seinem Fahrrad in die Straßenbahnklemme. Das Vorderrad klemmte sich in der Schiene fest und L. wurde von einem nachfolgenden elektrischen Traktor, dessen Führer nicht mehr rechtzeitig zu bremsen vermochte, überfahren. Mit schweren Verletzungen wurde L. ins Birchow-Krankenhaus übergeführt.

Wie Pfarrer Grüber prügelte.

Er kann sich darauf nicht mehr besinnen.

Im Prozeß der Prügelanstalt Waldhof haben sich die Angeklagten in Rechtsanwalt Soc Vertärkung geholt. Der Schwager des Pfarrers Grüber, der Angeklagte Franke, hat es anscheinend mit der Angst zu tun bekommen. Auch dem Pfarrer Grüber ist nicht ganz geheuer zu Mut.

Am Freitag erklärte er noch, die Antwort auf die Frage des Nebenklägers, Rechtsanwalt Dr. Löwenthal, ob er auch selbst Jöglinge geschlagen habe, verweigern zu wollen. Der Staatsanwalt belehrte ihn aber, daß aus dieser Aussageverweigerung Schlüsse gegen ihn gezogen werden könnten. Also wählte er eine andere Taktik: Er entsinnt sich nicht mehr auf die einzelnen Fälle. Er wird gefragt, ob es richtig sei, daß er den Jögling B. geschlagen habe? Grüber verweigert darauf die Antwort. Ob es richtig sei, daß er den Jögling K., der einen Selbstmordversuch begangen hat, geprügelt habe? Pfarrer Grüber kann sich darauf nicht entsinnen.

Ob er den Jögling K. geprügelt habe? Ja, das mag schon stimmen.

Die anderen Jungen hätten ihn aber wegen seiner Flucht in „Saalplatte“ verabschieden wollen. Deshalb habe er ihn bestraft. Ob er den Jögling S., der sich beim Turnen den Fuß verlegt hatte, auch den Hof geschleift habe, weil der Junge nicht schnell genug gelaufen sei? Pfarrer Grüber befinnt sich nicht darauf. Ob er einen Jungen geschlagen habe, weil dieser eine Beschwerte eingereicht habe, der Junge habe sich hinterher die Pulsadern aufgeschlitten? Nein. Ebenso unbestimmt sind die Antworten in vielen weiteren Fällen.

Rechtsanwalt Dr. Löwenthal hält dem Pfarrer zwei vollendete und zwei veruchte Selbstmorde von Jöglingen vor

und fragt ihn, wie er die Jungen in Arrest gesperrt habe, obgleich ihm das vom Landesjugendamt verboten worden sei; ob es stimme, daß er Jungen bestraft habe, weil sie nicht zur Andacht gehen wollten? Nein; er habe solche Jungen nur beschäftigt, u. a. auch mit Kleintreibern.

Rechtsanwalt Dr. Löwenthal beantragt die Ladung von 25 Zeugen, die teils von Pfarrer Grüber selbst geprügelt, teils Zeugen seiner Exekutionen gewesen sind. Das Gericht behält sich den Beschluß über diesen Antrag vor. Erschütternd ist die Aussage des Jögling B.

Der Angeklagte Franke hat ihn wegen Widerspenstigkeit mit dem Schlüsselbund das Ohr durchbohrt.

Der Junge ist der Ansicht, daß in keiner Anstalt Mißhandlungen wie in Waldhof üblich gewesen seien. Kein Junge habe sich da wohlgefühlt. Der Angeklagte Franke muß schließlich zugeben, daß die Schilderung des Jungen vom Schlüsselbund wohl der Wahrheit entsprechen könne, er entsinne sich dessen nicht.

Die Verhandlung geht heute weiter.

Das verhaßte Heim der Jugend.

So sehen die „Freunde“ der deutschen Jugend aus!

Ein besonderes Meisterstück leistete sich gestern nationalsozialistischer Mob im Osten Berlins. Ein Trupp von über fünfzig Naziburschen war ausgezogen, um das Jugendheim in der Frankfurter Allee zu stürmen.

Als sich gestern abend kurz nach 19 Uhr einige Jungbannerteute mit ihrem Kreisleiter auf dem Wege zum Heimabend befanden, wurden sie bereits in der Petersburger Straße von Nationalsozialisten angepöbelt. Die Nazis liefen dann in ihr Verteilungstotal, dem berühmten „Reglerheim“, wo weitere Schlägertruppen alarmiert wurden. So verstärkt marschierten die Helden des Dritten Reiches dann zum Jugendheim, das sie regelrecht belagerten und zu stürmen versuchten. Die Jungbannerkameraden, die im Heim friedlich ihren Kameradschaftsabend abhalten wollten, schlugen das Heim vor den zerstörungswütigen Hitler-Burschen, bis Beamten der Schutzpolizei die Uebermacht der Nationalsozialisten vertrieb.

Die Jugend des Berliner Ostens wird sich diese neue Heldentat der Nazis, die wichtiges Gut der Jugendarbeit in zügelloser Gewalttätigkeit vernichten wollten, sehr genau merken.

Der Handel um eine Mitgift.

Zum Prozeß Caro-Petschel.

Der Prozeß Caro-Petschel mutet wie eine Gerichtsprotokolle an. Der Familienstreit zwischen dem durch seine Erfindungen schwer reich gewordenen Gelehrten und Stickstoffindustriellen einerseits und dem Kohlenmagnaten und vielfachen Millionär andererseits wird durch gegenseitigen Haß vor das Strafgericht und in alle Deffentlichkeit gezerrt. Wer recht und wer unrecht hat in diesem Streit, wird sich in den nächsten Wochen entscheiden. Soweit steht aber schon nach dem ersten Verhandlungstag fest: Dieser Prozeß dürfte für beide Parteien recht peinlich werden. Gestern bekam man schon Erbauliches zu hören. So wurde Prof. Caro sojuzagen der wissenschaftlichen Hochstapelei verdächtigt.

Professor Caro malt seinen Schwiegersohn und dessen Vater Ignaz Petschel in schwärzesten Farben. Besonders häßlich soll der Geiz des letzteren sein: das Geld spiele in der Familie Petschel keine Rolle — wenn es andere zahlten. War Ignaz Petschel zu Besuch bei Professor Caro, so mußte er selbst die Trinkgelber für die Hausangestellten zahlen. Caros Sekretärin arbeitete wochenlang für Ignaz Petschel und erhielt dafür nur 50 Mark. Professor Caro will anscheinend den Geiz der Petschels dafür verantwortlich machen, daß sie, anstatt die von ihm ausgezahlte Mitgift in Höhe von 400 000 Mark zurückzahlen, gegen ihn diesen Prozeß angestrengt haben.

Hat er aber die 400 000 Mark Mitgift auch wirklich gezahlt und hat Ignaz Petschel ihm eine Quittung darüber gegeben? Professor Caro erzählt: Wenige Tage nach der Hochzeit brachte er 400 000 Mark Bargeld in sein Büro und übergab sie — als „Rotgroschen“ für seine Tochter — Ignaz Petschel, da dieser wegen gewisser Devisenmaßnahmen der tschechoslowakischen Regierung das Geld nicht auf eine Bank überwiesen haben wollte. Ignaz Petschel stellte ihm aus eigener Initiative eine Quittung aus des Inhalts: „Ich bestätige, 400 000 Mark Mitgift erhalten zu haben und werde die Summe auf 10 Millionen erhöhen“. Es war mir nicht angenehm, sagt Professor Caro. Ich erblickte darin einen großen Snobismus. Ueber die weiteren Schicksale der Quittung wird Professor Caro am Donnerstag gefragt werden.

Traktor auf dem Bürgersteig.

An der Ecke Charlotten- und Jägerstraße geriet am Montagmorgen ein Traktor auf den Bürgersteig und rief eine Straßenlaterne um. Zwei Passantinnen, die 27 Jahre alte Margot Bail aus der Richthofenstr. 27 und deren 23 Jahre alte Schwester Lucie, die in demselben Augenblick die Unfallstelle passierten, wurden von dem Laternenmast getroffen und erheblich verletzt. Die Verunglückten erhielten auf der nächsten Rettungsstelle erste Hilfe. — Ein weiterer eigenartiger Unfall trug sich in der



Richtig rechnen!

Nur das ist wirklich preiswert, was auch gut ist!

Wer so rechnet, raucht die neue „Gold Saba“

nach dem alten Original-Rezept!



Börse am Wochenbeginn.

Geschäftslos, bei freundlicher Grundtendenz.

Die Börse eröffnete zum gestrigen Wochenbeginn sehr still. Die Grundtendenz war aber ausgesprochen freundlich. Auf dem Aktienmarkt wurden 38-Farben mit 92% gegen 92 gehandelt...

8 Prozent Dividende bei Subener Hut. Belegschaftsabbau bei hoher Rentabilität.

Die Berlin-Subener Hutfabrik A. G., der führende Konzern der deutschen Filzindustrie, wird für das Geschäftsjahr 1931 eine Dividende von 8 gegen 12 Proz. ausschütten.

Jahresabschluss und Geschäftsbericht des Unternehmens liegen noch nicht vor. Es ist aber nach der Praxis der vergangenen Jahre anzunehmen, daß auch in der Bilanz für 1931 sehr erhebliche Rückstellungen und Sonderabfertigungen vor der Festlegung des Reingewinns vorgenommen wurden.

Auto-Union A. G., Chemnitz.

Der Zusammenschluß der sächsischen Autoindustrie ist endlich vollzogen. Die Aufsichtsräte von DKB, Horch und Audi haben die Fusion ihrer Werke und die Übernahme der Autounion...

Das Kapital des neuen Unternehmens — Auto-Union A. G., Chemnitz — wird 14,5 Millionen Mark betragen. Die Bilanzen der alten Unternehmungen sollen durch Einziehung von Aktien...

Die Führung in der Auto-Union werden Staatsbeamten haben. Geheimrat Frisch von der Dresdner Bank hat den Vorsitz. Präsident Degenhardt von der sächsischen Staatsbank den stellvertretenden Vorsitz im Aufsichtsrat.

Oberschlesische Sanierungsbilanz. Die Kapitalzusammenlegung bei Oberbedarf.

Die Oberschlesische Eisenbahnbedarfs-A. G. (Oberbedarf), die Verwaltungsgesellschaft des Balkeströmischen Konzerns, veröffentlicht jetzt den Jahresabschluss für das am 30. September 1931 beendete Geschäftsjahr.

Das Stammkapital der Gesellschaft wird von 20 auf 7,5 Mill. Mark, also im Verhältnis 8:3, zusammengelegt und 7,7 Mill. Mark Borratsaktien werden eingesetzt.

Finanzen Deutschlands erschüttert?

Erschütternd sind die Behauptungen der Adelsregierung

In dem Wahlausruf des Adelskabinetts, der überflüssigerweise eine Regierungserklärung genannt wurde, steht an erster Stelle der „Bilan“ über die Lage Deutschlands der Satz: „Die finanziellen Grundlagen des Reichs, Preußens und der Mehrzahl aller anderen Länder und Gemeinden sind erschüttert.“

Bir wußten bisher nicht, daß es die erste Aufgabe einer neuen Regierung ist, irreführende und beunruhigende Gerüchte in Umlauf zu bringen. Wie steht es aber mit der sachlichen Berechtigung der alarmierenden Behauptung von der Erschütterung aller deutschen Finanzverhältnisse?

Daß ein Land, das von einer beispiellosen Wirtschaftskrise heimgesucht wird, ein Land, in dem 6 Millionen Menschen arbeitslos sind und die industrielle Produktion ungefähr auf die Hälfte des Vorkrisenstandes gesunken ist, zwangsläufig auch den schwersten Kampf um die Aufrechterhaltung seiner Finanzen zu führen hat, müßte von jedem denkenden Menschen als eine Selbstverständlichkeit angesehen werden.

der Haushalt des Reichs tatsächlich im Gleichgewicht gehalten

werden konnte. Im Rechnungsjahr 1931, das am 31. März d. J. zu Ende ging, betrug das Defizit zwar 449 Millionen. Dem stand aber die Schuldentilgung in Höhe von 420 Millionen gegenüber, so daß tatsächlich das Defizit nur 29 Millionen betrug.

Freilich ist dieses günstige Ergebnis zum Teil auf Kosten der Gemeinden erzielt worden. Da die Gemeinden immer stärker mit den Lasten für die Erwerbslosen beladen wurden, ließ sich trotz rigoröser Drängelinngsmaßnahmen im Haushalt der Kommunen ein Defizit nicht vermeiden.

Auch ein solches Defizit muß angesichts der Schwere der Krise als erträglich angesehen werden, und man muß auch feststellen,

Staates gestützt worden war, stand bekanntlich auch bei den Sanierungsverhandlungen, die sich bis in die jüngste Zeit ausgedehnt haben, im Mittelpunkt der Debatte. Wie es im Geschäftsbericht heißt, muß Oberbedarf einer Zusammenlegung des Aktienkapitals der Bleimäher Oberhütten A. G. von 30 auf 4 Mill. Mark zustimmen.

6 Prozent Dividende bei der Maschinenfabrik Fritz Werner A. G. Die Fritz Werner A. G. in Berlin-Marienfelde, Werkzeug- und Maschinenfabrik, kann für 1931 trotz aller Abkühlungserscheinungen noch einen überraschend günstigen Abschluß vorlegen.

Englische Metallfirma zusammengebrochen. Eines der angesehensten Metallhändler in London, die Lewis & Pazarus & Son, hat seine Zahlungen eingestellt.

daß es nur deshalb zu so großen Schwierigkeiten für die Gemeinden geführt hat, weil die völlige Funktionsunfähigkeit der Kreditwirtschaft die üblichen Wege der Ueberbrückung von Haushaltsdefiziten versperrte.

Rechnen wir nach Abzug der Schuldentilgung mit einem Gesamtdesizit in Reich, Ländern und Gemeinden von einer Milliarde Mark, so wäre dieses Ergebnis selbstverständlich unerfreulich genug.

Gegenüber dieser einen Milliarde im ganzen Reich haben die reichen Vereinigten Staaten mit ihren unerschöpflichen Hilfsquellen bereits im Rechnungsjahr 1931 ein Defizit von 3,8 Milliarden Mark im Bundeshaushalt gebucht.

Trotz dieser phantastischen Defizitziffer wissen wir nichts davon, daß die amerikanische Regierung behauptet, daß die finanziellen Grundlagen der Vereinigten Staaten erschüttert seien.

Die Behauptung der Regierungserklärung über die Lage der deutschen Staatsfinanzen ist nicht nur im höchsten Maße beunruhigend, sondern im Vergleich mit den ausländischen Staatsfinanzen auch irreführend und in diesem Sinne falsch.

Aber freilich, man kann den Sinn dieser Behauptung nicht verstehen, wenn man diese Stelle in der Regierungserklärung nicht zusammenhält mit der anderen berichtigten Stelle der Regierungserklärung, in der sie allen früheren Regierungen den Vorwurf macht, sie hätten den Staat zu einer Art Wahlfahrtsanstalt gemacht.

Silverbergs Monopol. Streiflichter aus der „Harpener“ Generalversammlung.

Auf der am Sonnabend abgehaltenen Generalversammlung der Harpener Bergbau A. G. nahm der bekannte Zechenmagnat Dr. Silverberg als Vorsitzender des Aufsichtsrates zu der öffentlichen Kritik gegen die Kapitalfehlleitung in der Rationalisierungsepoche Stellung.

Dr. Silverberg erklärte: Trotz der schlechten Abzahlungsverhältnisse ist die Harpener Bergbau A. G. infolge ihres hohen technischen Standes zur Zeit in der Lage, keine Ueberhöfe außer den Abschreibungen zu erzielen.

Was Herr Dr. Silverberg hier erklärt hat, heißt den Sinn jeder Rationalisierungspolitik in ihr Gegenteil verkehren. Anstatt die durch Rationalisierungen eingetretene Leistungssteigerung durch Preisenkungen auszugleichen und damit den Volkswirtschaft notwendigen Ausgleich zwischen Produktion und Verbrauch zu schaffen, sieht Herr Silverberg sein wirtschaftliches Ideal in einem privatwirtschaftlichen Kohlenmonopol.

Die 38-Farbenöcher in USA. 7 Millionen Mark Reingewinn.

Die 1929 gegründete American I. G. Chemical Corp., in der die amerikanischen Beteiligungen der 38-Farbenindustrie zusammengefaßt sind, zeigt für das Jahr 1931 eine erhebliche Verminderung des Rohgewinns von 4,3 auf 3,6 und ebenso des Reingewinns von 2,3 auf 1,7 Millionen Dollar.

Kaffee Hag: Licht ohne Schatten — unschädlicher Genuß.

Lindcar-Werke berichten.

Für 1931 ein Verlust, der durch die Reserven gedeckt ist.

Die im Eigentum der freien Gewerkschaften befindliche Lindcar Fahrradwerke A. G. Berlin-Lichtenrade hat jetzt ihren Geschäftsbericht für 1931 veröffentlicht. Die im Fahrradgeschäft ganz besonders kritisch gewordene Situation konnte im Zusammenhang mit der Kaufkraftschwächung durch Arbeitslosigkeit und Lohnabbau selbstverständlich auch die Lindcar-Werke nicht unberührt lassen.

Die im Gegensatz zu privatrechtlich-firmen üblich aufgegliederte Gewinn- und Verlustrechnung zeigt einen Rückgang der Material-, Lohn-, Fracht- und eigentlichen Betriebskosten von 2,24 auf 1,65 Millionen; Werbefkosten, Steuern, Zinsen, Gehälter, Handlungsunkosten und Filialbetriebskosten sind von 1,22 auf 0,92 Millionen Mark gesunken.

von 3,67 auf 2,46 Millionen, also entsprechend dem Umlauf und der Preisentung um ein Drittel zurückgegangen. Nach dem gegenüber dem Vorjahr unveränderten Abschreibungen von rund 97 000 M. ergibt sich ein Verlust von rund 178 000 M., der durch die offenen Reserven von 161 000 M. zum größten Teil gedeckt ist.

In der Bilanz zeigt sich eine Verringerung der Bankschulden um 0,04 auf 2,61 Millionen und der Lieferantenschulden von 0,45 auf 0,18 Millionen Mark. Die Ruhestände sind durch notwendigerweise zu gewährende Stundungen nur von 2,90 auf 2,48 Millionen zurückgegangen; die durch das Röhrenmaschinenlager jetzt vermehrten Waren- und Materialvorräte sind mit 1,06 gegen 1,17 Millionen im Vorjahr niedrig bemerkt.

Das neue Jahr hat relativ günstig begonnen, und nach den zuverlässigsten Berichten der Filialen im Reich ist für 1932 etwa der Umlauf von 1931 zu erhoffen, was auch hinsichtlich der Verlusttätigkeit gewisse Erwartungen zuläßt.

